

Breslauer



Beitrag.

N^o 218.

Donnerstag den 8. August

1850.

Telegraphische Depesche.

Hamburg, 7. August. General Willisen erklärt in einer Proclamation, daß er die 500 dänischen Gefangenen für Alles, was in Schleswig geschieht, verantwortlich mache.

Auf der „Gefion“ weht die preussische Flagge.

Der kommandirende General hat die dänische Aufforderung energisch beantwortet.

Telegraphische Korrespondenz.

für politische Nachrichten und Fonds-Course.

Paris, 5. August. Am 12. d. M. erfolgt die Abreise Napoleons III. in die Departements.

3% 88. 75. 5% 97. 50.

Frankfurt a. M., 6. August. Nordbahn 42. Wien 101 3/4.

Hamburg, 6. August. Börse fest. Köln-Minden 95 3/4.

Agafa, 20. Juli. Die türkische Flotte hat in der Bai Commenizza im Aufgesichte von Corfu Anker geworfen. (Es ist nun keinem Zweifel mehr unterworfen, daß sie ihren Lauf nach dem adriatischen Meere genommen, um durch ihr Erscheinen auf die Bewegungsparteien sowohl in Albanien, als Bosnien einzuwirken.)

Turin, 3. August. Das Kriegsministerium gestattet Mitgliedern der ehemaligen ungarischen Legion Monti, sofern sie Italiener von Geburt sind, für die Dauer von zwei Jahren in das königliche Schützenkorps einzutreten.

Uebersicht.

Breslau, 7. August. Die bereits gestern gegebene Nachricht, wonach das österreichische Kabinett die Festungs-Kommandantur zu Mainz angewiesen habe, weitere Truppenmärsche badiischen Militärs nach Preußen mit Waffengewalt zu verhindern, wird heute wiederholt gemeldet. Nach der Nordb. 3. habe Oesterreich von dieser dem Gouverneur in Mainz gegebenen Weisung Anzeige nach Berlin gemacht, mit der Erklärung, daß in der Durchfahrt der badiischen Truppen durch das Rapon der Bundesfestung Mainz eine Verletzung des Bundesrechts liege. Auf diese Erklärung sei nun von Preußen die Antwort erlassen worden: daß Oesterreich nicht das Recht habe, aus lediglich politischen Gründen eine derartige Entscheidung zu treffen und daß Preußen daher vorkommenden Falls jenen Befehl als nicht vorhanden betrachten werde. Die National-Zeitung hiergegen will wissen, daß der fernere Anmarsch der badiischen Truppen nach Preußen für den Augenblick sistirt sei. Andererseits meldet dasselbe Journal, daß es über die Wahrheit der Nachricht von dem österreichischen Befehl Befragungen an zuverlässiger Stelle eingezogen habe, und sei ihm dieselbe bestimmt in Abrede gestellt, ja sogar die Wahrscheinlichkeit aus den Verhältnissen der Festung Mainz heraus bestritten worden. Welches das Wahre sei, wird sich wohl binnen Kurzem herausstellen.

Die Wiedereröffnung des „engeren Bundesraths“ steht nun doch auf Schwierigkeiten, an denen wahrscheinlicher Weise das ganze Unternehmen scheitern wird. Offen-Darmstadt und Luxemburg protestiren nämlich gegen die Einsetzung des engeren Rathes, und unter den übrigen Regierungen ist die Majorität gegen die Zulassung des dänischen Bevollmächtigten. Es fehlt hiernach die zur Erlangung der Majorität im engeren Bundesrathe notwendige Stimmenzahl von 9. — Ein anderes Hinderniß ist formeller Art, da das österreichische Kabinett und das sogenannte Plenum in Frankfurt sich gegenseitig die Initiative der Einberufung zuschieben.

Der Minister v. Mantuffel hat gestern Berlin verlassen, und wird von einer Seite berichtet, er habe einen längeren Urlaub genommen, während Andere wissen wollen, daß die Reise nur einem kurzen Besuche auf seinem Gute gelte.

Nach der Sp. Ztg. habe die Berufung des Fürstbischofs von Breslau, Hr. v. Diepenbrock nach Rom, zur Empfangnahme des Kardinalshutes, nahe bevor.

Die gestern von uns gegebene Nachricht über das neue Londoner Protokoll betreffs der schleswig-holsteinischen Angelegenheit bestätigt sich. Das Protokoll ist am 12. d. M. von den Bevollmächtigten von Frankreich, Rußland, Großbritannien, Dänemark und Schweden unterzeichnet worden. Die Reserve, unter der Oesterreich geneigt ist, das Protokoll zu unterzeichnen, bezieht sich darauf, daß man in London von der Ansicht ausging, die Regelung der Successionsfrage sei ausschließlich ein europäisches Interesse. Oesterreich giebt zu bedenken — heißt es in der Conf. Ztg. — der Bund sei ebenfalls eine europäische Macht, und es folge daraus, daß er gehört werden müsse. Die Frage sei nicht einfach, sondern komplex (question mixte). Wenn also das Protokoll die Mobilisation erfährt, daß es heißt, die Regelung sei vorzüglich (principalement et non pas exclusivement) ein europäisches Interesse und man werde den Bund konsultiren, so wird Oesterreich zeigen. — Dagegen soll England, wie der Hamburger Korrespondent meldet, sich bereit erklären, einer eventuellen russischen Intervention in Schleswig keine Hindernisse in den Weg zu stellen. — Daß der preussische Gesandte bei der Konferenz am 2. nicht erschienen ist, über der „Times“ zu einem heftigen Ausfall gegen Preußen Veranlassung.

General Willisen hat den vierten Armeebericht veröffentlicht. Die Tapferkeit der Armee wird darin mit vielem Lobe erwähnt, und am Schluß heißt es dann: „Die Armee hat sich erholt und ausgeruht, sie steht auf schleswig-holsteinischem Boden und erwartet mit Ungeduld die Erneuerung des Kampfes. In direkter und unmittelbarer Verbindung mit Rendsburg ist die Armee fester, als sie bei Zister war. Es könnte also nun eine zweite und eine dritte Schlacht vom schleswig-holsteinischen Boden vertrieben, und sie würden blutiger sein als die erste.“ — Ein am 4. statigehabtes Vorporkensfest bei Wohlde war ziemlich bedeutend. (S. das Nähere unten.)

Die Niederlage der Schleswig-Holsteiner ist dem „Globe“ ein erwünschtes Ereigniß. „Wir möchten den Gegner Dänemarks fragen, — heißt es in dem ministeriellen Journal, — welche Folgen es gehabt hätte, wenn dieses Land dem lange vorbereiteten Angriff erliegen wäre. Rußland wäre vertragmäßig berechtigt und verbunden gewesen, zur Vertheidigung der dänischen Souveränität zu interveniren, und statt eines bloßen personellischen Krieges, wie man ihn genannt hat, wären wir vielleicht in einen europäischen Krieg verwickelt worden.“

In Bezug auf den von Preußen mit Dänemark abgeschlossenen Frieden vom 2. Juli hält sich die Sp. Ztg. zu der Mittheilung, daß Preußen, trotz der schon erlittenen, trotz der noch zu erlebenden Opfer, trotz aller Rabalen und Intrigen der deutschen Regierungen den Frieden vom 2. Juli nicht geschlossen und den Krieg mit aller Energie fortgesetzt haben würde, wenn nicht Rußland, England und Frankreich erklärt hätten, daß sie eine fernere Theilnahme Preußens an dem Kriege der Herzogthümer mit Dänemark als einen casus belli betrachten würden. — „Auch halten wir es nicht für überflüssig — heißt es dann weiter — zu bemerken, daß während der Friedensunterhandlungen die hiesige Regierung der Statthalterhaft in einem Exposé mittheilte, was sie, die Regierung, zu erreichen für wünschenswerth halte, worauf die Statthalterhaft erwiderte, daß sie dies nicht als das Ziel ihrer Wünsche betrachten könne, und gleichzeitig die hiesige Regierung bat, den Frieden zu schließen und die Herzogthümer sich selbst zu überlassen, da dieselben die Kraft in sich fühlten, es allein mit Dänemark aufnehmen zu können. Diese beiden Punkte, die unsers Wissens bis jetzt noch nicht in der Tagespresse erwähnt worden, und deren Wichtigkeit wir vertheilen können, werden sicherlich hinreichen, die Behauptung, Preußen habe die Herzogthümer im Stich gelassen, so wie alle Angriffe, welche in Folge des Friedensschlusses vom 2. Juli auf Preußen gemacht worden, für immer zu widerlegen.“

Der Preussische Staats-Anzeiger veröffentlicht die der preussischen Regierung von der Bundes-Central-Kommission in Frankfurt ertheilte Vollmacht zur Führung der Friedens-Unterhandlungen mit Dänemark, um die falschen Auffassungen, zu welchen das Verfahren Preußens bei dem Friedens-Abbruch Anlaß gegeben, zu widerlegen.

In Stuttgart haben am 3ten die Verhandlungen Betreffs der gegen den Minister-Bäcker-Spittler erhobenen Anklage vor dem Staatsgerichtshofe begonnen. Die Anklage beantragt, daß der Staatsgerichtshof den Minister wegen Verletzung der Verurtheilung und ihn von seinem Amte entferne.

Aus Karlsruhe wird gemeldet, daß Oesterreich mit Ungeduld auf die Mittheilung Oesterreichs bringe.

Aus Paris wird über die bevorstehende Rundreise des Präsidenten der Republik geschrieben.

Preußen.

Berlin, 6. August. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem General-Major A. D. v. Barfus, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem kaiserlich österreichischen Rittmeister im Regiment Herzog von Sachsen-Roburg-Gotha Jursaren v. R. 8. Grafen v. Lichnowski-Werbenberg, den rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern; so wie dem Premier-Lieutenant v. Drenitz des 3ten Infanterie-Regiments, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

[Offizielle Erklärung in Betreff des Friedensab-schlusses mit Dänemark.] Der Preuss. Staats-Anzeiger schreibt: „Die falschen Auffassungen, zu welchen das Verfahren Preußens bei dem Abschluß des Friedens mit Dänemark vom 2. Juli hier und da Anlaß gegeben hat, werden ihre Vertheidigung in der hier folgenden Vollmacht der Bundes-Central-Kommission zur Führung der Friedens-Unterhandlungen finden, aus deren Wortlaut hervorgeht, daß Preußen sowohl in der Wahrung der Rechte des Bundes, als in der an sämtliche deutsche Regierungen gerichteten Aufforderung zur Ratifikation der von den Völkern gemachten gestellten Bedingungen entgegengetreten.“

Nachdem die zur Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten des deutschen Bundes eingesetzte Bundes-Central-Kommission den gegenwärtigen Stand des Streites zwischen dem deutschen Bunde und dem königreich Dänemark in Betracht gezogen und eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin erkannt hat, innerhalb ihrer durch den § 5 der Uebereinkunft vom 30. September 1849 und Artikel 49 der Wiener Schlussakte bestimmten Befugnisse, jenen Streit einem gerechten und für alle Theile erwünschten Frieden auf bundesgesetzlichem Wege zuzuführen, so hat die Bundes-Central-Kommission in ihrer heutigen Sitzung auf erstatteten Vortrag beschloffen, die königlich preussische Regierung hierdurch zu ermächtigen, mit der Krone Dänemark wegen des Abschlusses eines Friedens im Namen des deutschen Bundes und unter Wahrung der dem Bunde zustehenden Rechte in Unterhandlungen zu treten und dieselben unter der bereits von beiden Theilen angenommenen Vermittelung der k. großbritannischen Regierung, vorbehaltlich der von sämtlichen deutschen Bundesstaaten einzuhaltenden schließlichen Genehmigung des Friedens-Vertrages, zu Ende zu führen. Demgemäß ist auf Verordnung der Bundes-Central-Kommission die gegenwärtige Vollmacht für die königlich preussische Regierung erteilt und der Unterschriften und des beigedruckten Insignes ausgefertigt worden. So geschehen zu Frankfurt a. M., am 20. Januar 1850.

(Gek.) Karl Freiherr Rübe. Peucker. Schönholz. Böttcher.

Vollmacht
für die königl. preussische Regierung zur Führung der Friedens-Unterhandlungen mit Dänemark im Namen des deutschen Bundes.

— **Berlin, im August.** [Die Faktoren unserer Politik.] Sie werden gut thun, um unsere Verhältnisse richtig zu beurtheilen, sich über die Stellung einflussreicher und handelnder Staatsmänner zu einander zu orientiren. Es wird dies um so wichtiger sein, als die zur Zeit unläugbar wenig feste Politik in innern wie in äußern Angelegenheiten ein Ergebnis der Kämpfe in diesen Kreisen selbst ist. Sie werden zunächst, wenn ich so sagen darf, drei Hauptparteien zu unterscheiden haben, die Sie im Wesentlichen als die Faktoren unserer Politik zu betrachten haben werden. Zur Repräsentation dieser drei Parteien mögen die Namen v. Gerlach, v. Radowitz, v. Mantuffel dienen. Sie dürfen nun annehmen, daß Hr. v. Mantuffel wohl im Stande ist, die übrigen Mitglieder des Kabinetts mit sich fortzuführen. Sie würden sich aber täuschen, wenn Sie dies als das allein Nothwendige zur Erzielung einer einheitlichen festen Politik ansehen würden. Es ist wohl zu berücksichtigen, daß namentlich bei der schwebenden Hauptfrage, der deutschen, das Inter-

esse des Fürstenhauses zu stark betheilig ist, als daß selbst bei dem vollendeten konstitutionellen Staatsleben persönliche Ansichten des Regenten nicht von größter Bedeutung sein sollten. — Sie würden wiederum die Dinge falsch beurtheilen, wenn Sie annehmen wollten, daß Friedrich Wilhelm IV. die Geschichte seines Hauses und seines Landes nicht so aufgefaßt hätte, daß er, ein Nachkomme des großen Friedrich, sich, einen Hohenzoller, nicht berufen fühlte, die Geschichte des deutschen Vaterlandes zu leiten. Sie würden das mit Unrecht bei einem Fürsten annehmen, der die Politik des großen Friedrich mehr verehrt, als irgend Jemand. Sie werden sich aber erklären können, daß derselbe Fürst, der wie er ist, Bedenken tragen kann, ernsthafte Schritte gegen Bundesgenossen, die wenigstens früher zu seinem Vater treu gestanden haben, zu unternehmen. Hier finden Sie die Seite des Königs, die Hr. v. Radowitz mehr als irgend ein Anderer zu benutzen weiß, — selbst Romantiker, ist er dem Hergen des Königs der nächste. — Deshalb haben auch alle Versuche, die von der Partei, die Hr. v. Gerlach repräsentirt, geschehen sind, nichts vermocht und Herr v. R. ist nach wie vor der Freund des Königs. Sie werden den Mährchen nicht glauben, die man über Hr. v. R. zu verschiedenen Zeiten aufgestellt hat, über seine Beziehungen zu Oesterreich und was dergleichen mehr ist. Aber als feststehend müssen Sie annehmen, daß der General v. Radowitz jedem Schritte entgegen wirkt, der möglicherweise eine Provokation auf die Waffen hervorrufen könnte. — Die kirchliche Seite, die strenge fromme Gläubigkeit Friedrich Wilhelm IV. hat, den Einfluß der Partei d. Hrn. v. S. geschaffen und die Ereignisse seit 1848 haben hierin mindestens nichts geändert. Von dieser Seite wird die Revolution als ein Ausfluß der Konzeption auf kirchlichem Gebiet betrachtet und geschildert. Die dritte Partei, als deren Repräsentant ich Herrn Mantuffel annehmen darf, faßt die Dinge von der reinpolitischen Seite auf, sie ist geneigt, im Nothfall an das gute preussische Schwert zu appelliren, sie will, daß Preußen die Stellung in Deutschland nicht freiwillig aufgeben, die ihm zu nehmen ein Wald von Bonjoten nicht ausreichen würde. Zu dieser Partei sind mit wenigen Ausnahmen alle Generale von Namen zu zählen; der Prinz von Preußen ist ihr höchster Vertreter und ich sage nicht zu viel, einer ihrer Wärmsten. — Den Frieden mit Dänemark, die Nachgiebigkeit gegen Oesterreich hat diese Partei wenig gebilligt. Herr von Schleinitz hat in den auf diese Dinge bezüglichen Ministerialen, um mich so auszudrücken, ein Gemisch von Gerlach — Radowitz'scher Politik vertreten und einen Theil seiner Kollegen, der es mit keiner Seite recht verderben will, für eine sogenannte Vermittelungspolitik gewonnen, die bis zur Stunde en vogue ist, die aber in sich selbst den Todeskeim trägt. Bezieht sich durch die neuesten Maßnahmen keine der drei am Hofe vertretenen Hauptparteien. Herr v. Gerlach und denen, welche überhaupt gegen die Union find, ist zu wenig nachgegeben worden. Die von Herrn v. Radowitz gewünschte Verhandlung zwischen Oesterreich und Preußen stockt, Herr v. Mantuffel aber meint, es sei längst die Zeit zu dem Aufste: „bis hieher und nicht weiter!“ — Halten Sie sich daher versichert, daß wir am Anfang des Endes stehen und die gegenwärtige Krise am längsten gedauert hat. Herr v. Mantuffel ist sehr geneigt, den Entschluß schneller herauszubringen. — Im entscheidenden Augenblicke wird Herr v. Mantuffel nicht fehlen, dessen sicherer Stütz der Prinz von Preußen ist, eine um so sichere Stütze, als das sogenannte alte Preußen, das Heer, diesem Vorbilde gewiß folgt. Charakteristisch sind die Worte: „1848 würde ich zu einem Bunde mit Oesterreich gerathen haben, jetzt handelt es sich nicht mehr um einen Bund, sondern um eine Unterwerfung. Wo die Ehre eingestift ist, da giebt es keine Wahl!“

Berlin, 6. August. Das C. B. meldet: „Der Minister des Innern, Freiherr v. Mantuffel hat heute Berlin verlassen. Von einer Seite wird berichtet, derselbe habe einen längeren Urlaub genommen, während Andere wissen wollen, daß die Reise nur einem kurzen Besuche auf seinem Gute gelte.“

[Die badiischen Truppen. — Das Plenum und der engere Bundesrath. — Das Londoner Protokoll.] Oesterreich hat in seiner jüngsten hierher gelangten Note die bestimmte Erklärung gegeben, daß in der Durchfahrt der badiischen Truppen durch das Rapon der Bundesfestung Mainz eine Verletzung des Bundesrechts liege und daß daher der Gouverneur angewiesen sei, in Zukunft keine badiischen Truppen mehr durchzulassen. Auf diese Erklärung ist von Preußen eine Antwort erlassen, des Inhalts: Daß Oesterreich nicht das Recht habe, aus lediglich politischen Gründen eine derartige Entscheidung zu treffen und daß Preußen daher vorkommenden Falls jenen Befehl als nicht vorhanden betrachten werde. — In der Bundes-Central-Kommission, die bei freitragendem Bundesrecht über diese Angelegenheit zu entscheiden hätte, stimmen natürlich die österreichischen Kommissäre nach den Instruktionen des Wiener Kabinetts, in dieser Behörde ist also eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen. Deshalb mußte nach dem Vertrage vom 30. September d. J. ein Schiedsgericht von beiden Parteien ernannt werden, aber dieser Weg ist unter den gegebenen Verhältnissen ein durchaus zweckloser, da jedenfalls die Thatfachen weit vor dem Richterstand eine Entscheidung herbeiführen müssen. Hoffen wir, daß das preussische Kabinett sich nicht darauf beschränken wird, einen Potentat zu führen, daß es vielmehr bei dem nächsten Ausmarsch badiischer Truppen durch den preussischen Kommandanten in Mainz nöthigenfalls eine andere Sprache als diejenige der Erklärung und Proteste wird führen lassen. — Die Schwierigkeiten, welche sich der von Oesterreich und den königreichen beabsichtigten Wiedereinsetzung des engeren Bundesrathes entgegenstellen, sind so bedeutend, daß möglicherweise oder vielmehr wahrheitsgemäß das ganze Unternehmen an diesen Hindernissen scheitern wird. Luxemburg nämlich und Hessen-Darmstadt protestiren gegen die Einsetzung des engeren Bundesrathes, und unter den übrigen Regierungen ist eine Majorität gegen die Zulassung des dänischen Bevollmächtigten. Somit fehlt die zur Erlangung der Majorität im engeren Bundesrathe notwendige Stimmenzahl von 9; denn unter diesen 9 Stimmen befinden sich mit je einer: Luxemburg-Limburg, Hessen-Darmstadt, Zeitz-Sachsen-Rauenstein. — Zu dieser Mittheilung der Nord. Zeitzung bemerken wir, daß die Schwierigkeiten, welche bisher der Einberufung des Bundestages entgegenstanden, einen formellen Grund haben sollen, und zwar den, daß das öster-

reichische Kabinett und das sogenannte Plenum sich gegenseitig die Initiative dieser bedenklichen Maßregel zuschieben wollten. — Uebrigens haben Luxemburg und Rheinbessen nicht nur gegen den engeren Bundesrath, sondern auch ausdrücklich gegen die Wiedereinsetzung des alten Bundestages protestirt und wollten lieber aufgeben, als Preußen nicht im deutschen Staatenbunde vertreten sehen. Unter diesem Umstand wird die Fortexistenz selbst des ganzen Plenums fraglich. — Die Reserve, unter welcher Oesterreich geneigt ist, das Londoner Protokoll zu unterzeichnen, bezieht sich darauf, daß man in London von der Ansicht ausging, die Regelung der Successionsfrage sei ausschließlich ein europäisches Interesse. Oesterreich giebt zu bedenken, der Bund sei ebenfalls eine europäische Macht und es folge daraus, daß er gehört werden müsse. Die Frage sei nicht einfach, sondern komplex (question mixte). Wenn also das Protokoll die Mobilisation erfährt, daß es heißt, die Regelung sei vorzüglich (principalement et non pas exclusivement) ein europäisches Interesse und man werde den Bund konsultiren, so wird Oesterreich zeigen. Die Nachricht kommt aus sicheren Quellen, die im österreichischen Lager ihren Ursprung haben. (C. 3.)

[Vermischte Nachrichten.] Der Herzog von Braunschweig wird bereits am 20. d. M. auf der Rückkehr von Braunschweig in Dels wieder eintreffen, wo die befohlenen Einrichtungen auf einen längeren Aufenthalt des Herzogs schließen lassen. — Briefliche Mittheilungen aus Rom stellen die Berufung des Fürstbischofs von Breslau, Herrn v. Diepenbrock, so wie des Erzbischofs von Köln, Herrn v. Geißel und des Fürst-Erzbischofs von Limburg nach Rom, zur Empfangnahme des Kardinalshutes aus den Händen des Papstes in sehr nahe Aussicht. Demnach würden mit dem Kardinal Fürsten Schwarzenberg, welcher gegenwärtig Erzbischof von Prag ist, vier hohe deutsche Prälaten den Kardinalshut besitzen. — Das Amtsblatt des Postdepartements enthält folgenden Erlass des General-Postamts vom 1. August: Da Post-Anstalten von Redaktionen solcher Zeitschriften, denen der Postdebit entzogen worden ist, um Angabe der bisherigen Abonnenten ersucht worden sind, so werden die Post-Anstalten darauf aufmerksam gemacht, daß sie zu dergleichen Mittheilungen nicht befugt sind. (Berl. Bl.)

Am 4. d. M. kamen hier 547 Personen an und reisten 712 ab. Angekommen: J. J. H. der Herzog Georg von Sachsen-Altenburg nebst Gemahlin und der Erbprinz von Sachsen-Altenburg nebst Gemahlin; der General-Lieutenant und kommandirende General des VII. Armeekorps Graf von der Gröben aus Münster, der k. k. österreich. Feldmarschall-Lieutenant Dagobert Ritter von Walsätten. — Abgereist: J. J. H. der Herzog, die Herzogin und der Erbprinz von Sachsen-Altenburg nach Eisenmünde; der kaiserl. großbritannische Kabinetsskriver Poignau nach Wien; der herzoglich braunschweigische Legationsrath Dr. Riebe nach Braunschweig. — Der Herr Graf von Hamborn ist soeben hier eingetroffen und in British Hotel unter den Linden abgegangen.

[Erlass des Ministers des Innern, das kirchliche und religiöse Verordnungen und Vereinsrecht betreffend.] Der Schlußsatz des § 2 des Gesetzes vom 11. März 1. J. über die Vertheilung eines kirchlichen Freiheit und Ordnung geschehender Mißbrauchs des Verordnungs- und Vereinsgesetzes bezieht von den Vorschriften, welche in dem Paragraphen selbst und dem vorhergehenden bezüglich alter Verordnungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder bestritten werden sollen, so wie aller Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, enthalten sind, kirchliche und religiöse Vereine und deren Versammlungen, wenn diese Vereine Corporationenrechte haben.

So klar und unabweislich diese Bestimmungen auch zu sein scheinen, so sind doch über deren Anwendung mannigfache Bedenken erhoben worden. In vielen Fällen, wo auf den Grund derselben von den zuständigen Behörden gegen solche Religions-Gesellschaften, welche keine Korporationsrechte besitzen, eingeschritten wurde, haben letztere deren Nichtanwendbarkeit im Wege der Schlichtung darzulegen sich bemüht, während andererseits der Umstand, daß auf einigen Orten jene §§ auf ähnliche Religions-Gesellschaften noch nicht zur Anwendung gebracht wurden, zu der Vermuthung berechtigt, daß den betreffenden Behörden selbst deren Anwendbarkeit zweifelhaft erschienen sein müsse.

Zur Hebung dieser Zweifel und Herstellung eines gleichförmigen Verfahrens finde ich mich zu nachstehenden Bemerkungen veranlaßt: Diejenigen, welche die Nichtanwendbarkeit der §§ 1 und 2 des Eingangs bezogenen Gesetzes auf Religions-Gesellschaften der bezeichneten Art behaupten, pflegen in der Regel und vor Allem das ihrer Ansicht entgegengelegte Verfahren, unter Berufung auf den ersten Abschnitt des Art. 12 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar d. J., welcher die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religions-Gesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung gewährleistet, als eine Verletzung der Verfassung zu bezeichnen.

Allein — abgesehen davon, daß der in der Verfassung enthaltene Grundsatß durch das im verfassungsmäßigen Wege erlassene Gesetz keine bestimmte Ausprägung und ungewisse Beschränkung erhält, — abgesehen ferner davon, daß die §§ 1 und 2 a. d. d. das Recht, sich zu versammeln und zu vereinen, in der That keineswegs beschränken, — ist jene auf den Art. 12 gegütigte Argumentation auch um deswill unrichtig, weil dabei übersehen wird, daß in dem gedachten Artikel auf den Art. 30 der Verfassungs-Urkunde, der von dem Versammlungs- und Vereinsrechte im Allgemeinen handelt, ausdrücklich hinzuweisen wird. Deutlicher aber, als durch diese Bezugnahmen, konnte die Verfassung es nicht aussprechen, daß die Ausübung des in Art. 12 gewährleisteten Rechtes in derselben Weise einer gesetzlichen Regelung unterworfen werden solle, wie dies der Art. 30 hinsichtlich des im Uebrigen nicht minder gewährleisteten Versammlungs- und Vereinsrechtes im Allgemeinen verfügt.

Man wird eine Auslegung und Anwendung des Gesetzes, welche auf die Verfassung selbst sich stützt, nicht verfassungswidrig nennen können. Von anderer Seite wird für eine einschneidende Auslegung der gedachten §§ geltend gemacht, „Religions-Gesellschaften“, als solche seien überhaupt keine Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, könnten also auch in allen Fällen so lange nicht den betreffenden Behörden unterzogen werden, als sie sich auf ihren weltlichen Zweck beschränken.

Die hier angeregte Frage, ob religiöse Angelegenheiten zu den öffentlichen zu zählen seien oder nicht, kann jedoch in den Kreis der vorliegenden Erörterung nicht mehr hineingezogen werden, weil sie von dem Gesetzgeber selbst bereits entschieden worden ist. Solche derselben nämlich Angelegenheiten betrachtet wissen wollen, so würde die am Schluß des § 2 des Gesetzes vom 11. März d. J. zu Gunsten der mit Korporationsrechten versehenen Religions-Gesellschaften getroffene Ausnahmebestimmung sich als gegenstandslos herausstellen.

Dieser unabwiesbare Erwägung laßt man sich gegenseitig zwar durch die Auffassung zu entscheiden, daß jene zu Gunsten der mit Korporationsrechten versehenen Religions-Gesellschaften beliebige Ausnahme sich eben nicht auf deren religiöse Zwecke und Versammlungen beziehe, sondern vielmehr für alle die Fälle gegeben sei, wo es solchen Religions-Gesellschaften gälte, sich mit weltlichen andern Zwecken des öffentlichen Interesses zu befassen.

Die Unhaltbarkeit dieser Auffassung, welche zugleich eine die Kirche verletzende Unterstellung enthält, ergibt sich zweifelloß, wenn man auf den Ursprung jener Schlussbestimmung des § 2 a. d. Z. zurückgeht. Die Verordnung vom 20. Juni 1849, welche dem Gesetze vom 11.

März 1. 3. zum Grunde liegt, enthält den beabsichtigten Zusatz: „wenn jene Vereine Korporationsrechte haben“ — nicht; derselbe ist vielmehr dem Gesetze erst auf den Vorschlag der Kommission der zweiten Kammer, welcher jene Verordnung zur Prüfung überwiesen war, einverleibt worden.

Die Motive aber, womit diese Kommission ihren Vorschlag der Kammer zur Annahme empfiehlt, lauten nach dem Kommissionsberichte d. d. 3. Februar c. wie folgt:

„Wenn endlich der letzte Satz des § 2 die Bestimmungen des § 1 und 2 auf kirchliche und religiöse Vereine und Versammlungen nicht bezogen wissen will, so hat dieser Satz in seiner Allgemeinheit bei den meisten Mitgliedern der Kommission die lebhaftesten Befürchtungen hervorgeufen. Man sagte sich, daß die katholische und evangelische Kirche von den Befürchtungen des vorliegenden Gesetzes nicht betroffen werden dürfen, daß auch da jede Uebergriffenheit fortfallen müsse, wenn einem kirchlichen und religiösen Vereine Korporationsrechte erteilt sein. Man hielt aber alle Vereine dieser Art, bezüglich davon, folches nicht der Fall ist, für wohl geeignet, den Bestimmungen des § 1 und 2 unterworfen zu werden.“

Der Grund, daß dadurch der Verfassungszusatz entgegengetreten wurde, wurde von der Majorität der Kommission durch die Verfassungsurkunde vom 31. Juni 1850 selbst für widerlegt erachtet. Es sind nämlich nach Art. 30 alle Versammlungen und Vereine einer gesetzlichen Regelung unterworfen. Dies bezieht sich nach Art. 12, in welchem auf Art. 30 und 31 ausdrücklich verwiesen ist, auch auf religiöse und kirchliche Vereine. Sind denselben Korporationsrechte erteilt, was nach Art. 31 nur durch ein Gesetz geschehen kann, so bestimmt letzteres den Umfang der Einwirkung der Staatsbehörden auf dieselben Vereine. Andersfalls müssen auch diese Vereine gleich allen andern im § 2 genannten Vereinen behandelt werden. Denn eines ist unzweifelhaft, daß religiöse und kirchliche Vereine sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, ja sogar eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten in Anspruch nehmen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß gerade in religiösen Vereinen viel gefährlicher Stoff vorhanden sein kann, als die Eifer derer, welche gewöhnlich besonders befähigt sind, auf Geist und Gemüth einzuwirken, daß oft solche Vereine den kirchlichen oder religiösen Zweck nur zum Schein verfolgen, in der Wirklichkeit aber auf ein anderes Ziel hinarbeiten. Deshalb glaubte die Kommission, der Staatsbehörde die Möglichkeit gewähren zu müssen, zu erfahren, welche Tendenz von den nicht korporativen kirchlichen und religiösen Vereinen verfolgt wird, und darüber zu wachen, daß auch in solchen Vereinen nichts geschehe, was dem Staatszweck, insbesondere der Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit entgegensteht. Die Kommission schlägt deshalb der Kammer vor, den letzten Satz des § 2 nur auf diejenigen kirchlichen und religiösen Vereine zu beziehen, welche Korporationsrechte haben, und beantragt den § 2 in folgender Fassung anzunehmen u. s. w.“

Nach diesen Erörterungen muß es als feststehend angenommen werden, daß alle Religionsgesellschaften, welche keine Korporationsrechte besitzen, den Bestimmungen des Gesetzes vom 11. März c. so weit dieses von Versammlungen und Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, handelt, unterworfen sind, und daß es, um die bisher geübten Paragrafen des gedachten Gesetzes auf sie zur Anwendung zu bringen, nicht erst einer Prüfung der Frage bedarf, ob jene Gesellschaften sich auf die Verfolgung religiöser Zwecke beschränken oder ob sie, wie dies allerdings nur zu häufig der Fall ist, letztere nur als Deckmantel für Bestrebungen anderer Art gebrauchen.

Die königl. Regierung wird demnach veranlaßt, in dem geeigneten Fällen nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes zu verfahren, und die betreffenden Behörden ihres Ressorts mit entsprechenden Anweisungen zu versehen. Berlin am 1. August 1850. Der Minister des Innern. gr. v. Manteuffel. An die königl. Regierung zu M. — Circularc.

Düsseldorf, 4. August. Heute Nachmittag ist Sr. königl. Hoheit Prinz Adalbert von Preußen, Chef der gesamten preussischen Artillerie, hier eingetroffen und im Prinzen von Preußen abgefahren.

Trier, 3. August. Heute sind 3 Schwabener des 12ten Infanterie-Regiments von Saarbrücken und Saarlouis hier eingetroffen, um nach Weimar abzugehen. Auch ist die von Deutschland erwartete Kaiserliche Schwadron eingetroffen und wird demnächst die noch zurückgebliebenen Schwabener Mannen nach Kreuznach marschieren. (Ref.)

Deutschland.

Frankfurt, 4. August. [Neue Verwicklung.] Von ganz besonders beachtenswerter Seite erfahren wir heute folgendes über den Inhalt der dem Grafen Thun zuletzt aus Wien zugegangenen Depesche. Es weicht diese Nachricht zwar von früheren ab, doch wohnt ihr im hohen Grade innere Wahrscheinlichkeit bei. Das Wiener Kabinett soll nämlich zuvörderst von der Verlesung gesprochen haben, in welcher man sich damals befand, weil der jetzt eingetretene Fall von der Bundesgesetzgebung keineswegs vorgehen sei. Unter solchen Umständen werde nur die Rechtsanalogie einen Ausweg dar. Das „Plenum“ könne nicht befugt sein, den „engeren Rath“ einzuberufen; eben so müsse man entscheiden und begründen Widerpruch fürchten, wenn die einfache Umwandlung des „Plenums“ in den „engeren Rath“ versucht würde. Es ließe sich allein übrig, daß Österreich seine „Präsidialbefugnisse“ in so weit ausdehne, die einzelnen deutschen Regierungen direkt zur Wiedereinsetzung des „engeren Rathes“ aufzufordern. Mit dieser Einladung werde das Wiener Kabinett umgesehen und dann gemeinschaftlich mit den consentierenden Regierungen gegen die „renitenten“ in geeigneter Weise energisch einschreiten. — Wie würden demnach die gegenwärtige unerträgliche Lage noch weit hin verlängert sehen. (Konst. 3.)

Stuttgart, 3. August. [Die Ministeranklage.] Heute fand die erste Sitzung des Staatsgerichtshofes statt. Die sämtlichen Räume waren mit Zuhörern dicht besetzt, nur die Plätze der Abgeordneten blieben leer. Die Richter saßen in der Mitte des Saales in einem Halbkreis. Der Angeklagte, Staatsrath v. Wächter, Spittler, nahm an dem Tische den Richtern gegenüber Platz, eben so der ständliche Ankläger: Präsident Schöder und sein Stellvertreter Becker. Der Präsident des Staatsgerichtshofes, v. Weizenberger, eröffnete die Sitzung damit, daß er einen geschichtlichen Ueberblick über die von der letzten außerordentlichen Landesversammlung erhobene Anklage gegen den Staatsrath Freiherr v. Wächter, Spittler, gewesen Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten, gabe. Die Anklage geht bekanntlich dahin, daß Staatsrath Freiherr v. Wächter, Spittler durch Abschließung des sogenannten Interims und durch Zustimmung zu der Münchener Auffassung die württembergische Verfassung verletzt habe. Der Redner weist auf die Wichtigkeit der Institution hin und schließt mit der Erklärung, daß der Gerichtshof geglaubt habe, jede Erwägung der Frage, ob die Anklage materiell begründet sei, aussetzen zu sollen, bis auf erfolgte Anklage und Verteidigung. „Sie, Herr Staatsrath, sind daher nur Beklagter, nicht Angeklagter.“ — Hierauf verliest der Stellvertreter des Anklägers, Rechtskons. Becker, die Anklageakte, was fünf Viertelstunden in Anspruch nahm. Der Antrag geht dahin: Der Staatsgerichtshof wolle in Anwendung des § 203 der württembergischen Verfassung aussprechen, daß der provisorische Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr v. Wächter, Spittler, wegen Verletzung des § 85 derselben Verfassung von seinem Amte zu entfernen sei. Hierauf nahm der Beklagte das Wort und suchte in einer sehr ausführlichen Rede die gethanen Schritte als innerhalb der Grenzen der Verfassung liegend zu vertheidigen. Bei Abgang der Post (2 Uhr Nachmittag) sprach der Ankläger Schöder für Aufrechterhaltung der Anklage.

Karlsruhe, 2. Aug. [Die Einberufung der Kammer.] — Österreich dringt auf Mitbesetzung von Nassau. Unsere Staatsregierung hat einen kräftigen Entschluß gefaßt, um den immer drohender werdenden Verwicklungen im Einverständnis mit dem Volke zu begegnen: sie hat beschlossen, die verlagten Kammern auf den 26. d. M. wieder einzuberufen. Wir heißen diesen Schritt herzlich willkommen und versprechen uns von dem einmündigen Willen der Stände und Regierung segensreiche Früchte. Im Bestande der zweiten Kammer sind mit Ausnahme des freiwilligen Austritts des Advokaten Baum von Lahe keine Veränderungen vorgegangen; die Haltung derselben wird also die gleiche, wie im Frühjahr, ehe bundesstaatlich berufen, sein. — Das Andringen von Österreich in Bezug auf eine Mitbesetzung in der Festung Ra-

statt wird immer ungeklärter; allein da nach den Verträgen nun einmal Baden die ganze Besatzung (mit Ausnahme einer österreichischen Pionnier-Kompagnie) in Friedenszeiten zu stellen hat, so werden die Ansprüche Österreichs keinen Erfolg haben, so wenig, wenn man sich daran erinnert, daß Österreich auf vielfältigen Wunsch im Jahre 1848 und 1849 nicht einmal ein Regiment nach Raastadt rücken ließ, welches jedenfalls hingewiesen hätte, unsere unfeindliche Revolution, die sich auf Raastadt stützte, im Keime zu ersticken. — Es freut mich ferner, Ihnen mittheilen zu können, daß das Justizministerium jetzt sehr milde Ansichten in Beziehung auf die noch zu verurtheilenden oder in der neuesten Zeit bereits verurtheilten politischen Verbrecher kund giebt; vielfache Begnadigungen und Strafmilderungen werden fortan erteilt. (N. 3.)

München, 3. Aug. [Unsere deutsche Politik.] — Begeisterung für Schleswig-Holstein. — Die bevorstehende Revision des Concordats. Von der Wendung der deutschen Frage durch den Bruch zwischen Preußen und Österreich weiß man in den hiesigen Kreisen, in welchen man sich mehr als im gewöhnlichen Leben mit Politik beschäftigt, nur aus öffentlichen Blättern, denn unsere Staatsregierung bedeckt ihr Verhalten mit einem unburchinglichen Schleier, den zu lüften selbst höheren Beamten im auswärtigen Ministerium nicht vergönnt ist. Der diplomatische Kreislauf der Noten und Depeschen ist zwar nicht ins Stöcken gerathen, allein nur wenige Eingeweihte kennen deren Bedeutung; es werden daher aus manchen hier und da in den Salons unvorsichtig entschlüpfte Worte die sonderbarsten Schlüsse gezogen. So viel soll feststehen, und man spricht es auch bereits offen aus, daß, wenn Preußen sich dem Willen des österreichischen Kabinetts nicht fügt, ein süddeutscher Zollverein ins Leben treten werde, zu dem der Anschluß Baierns und Württembergs an Österreich bereits zugesichert sei. — So sehr sich auch unsere ultramontanen Blätter abmühen, die Erhebung Schleswig-Holsteins ihren Lesern zu verächtlichen, das müthige Brudervolk Rebellen nennend, so sind doch gerade da, wo diese Blätter am meisten verbreitet sind, die Sammlungen für das unglückliche Land am ergiebigsten; ein Beweis, daß sich das oberbayerische Volk, da wo es die Ehre des Vaterlandes gilt, durch die Umtriebe der politisch-kerikalen Partei nicht beirren läßt. Die Sympathien nehmen täglich zu, unsere Gefangenen veranstalten Produktionen, bei denen die Musketiere der hier garnisonirenden Regimenter gratis mitwirken; unsere Künstler werden demnächst eine Vorstellung „lebender Bilder“ nach den größten Meistern im Kgl. Odeon geben, namentlich aber ist es die Gaunerei, die ihre Sympathie am lauteften kündigt, denn allabendlich nach dem Zapfenstreich hört man in allen Kassen aus tausend Reihen „Schleswig-Holstein meermüthungen“ erschallen. Der auf die Zurückkunft des Königs noch immer wartende dänische Gesandte hat sich deshalb auch nach dem nahen Starnberg, wo auch der russische und englische Gesandte die Sommerferien zubringen, zurückgezogen und unterhandelt dort mit denselben über die Pacifikation Schleswig-Holsteins. Nach der Zurückkunft des Königs Mar, die auf künftigen Montag festgesetzt ist, werden sich diese Herren an das Hoflager nach Hohenheimangabegeben, um die Bestimmung des Königs zur Pacifikation zu erlangen. — Der bayerische Gesandte am römischen Hofe, Graf v. Spaur, der bekanntlich den Papst auf seiner Fahrt nach Neapel begleitet hat und dessen Gemahlin von Rom aus beauftragt ist, dem Erzbischof von Turin einen Ehrenkiss zu überreichen, befindet sich gegenwärtig hier und zwar, wie man sich erzählt, um sich mehrerer Aufträge der römischen Regierung an unsere Kirchenobersten zu entziehen, welche denselben bei ihren Beratungen über die von der Regierung projektierte Revision des Concordats zur Rücksichtnahme dienen sollen.

Nachdruck vom 4. August. Hauptmann Adolff, der mit Urlaub nach Schleswig-Holstein ging, ist von dort zurückgekehrt worden, derselbe wird darauf hin wahrscheinlich um seinen Abschied aus bairischen Diensten nachsuchen. — Die auf gestern festgesetzte Verlesung, der durch die Reduktion der Armee überflüssig gewordenen Reiz, Fahr- und Krampferde wurde plötzlich eingestellt; man bringt dieses mit den neuen preussischen Rüstungen in Verbindung.

Schwerin, 4. August. Seit einiger Zeit sind in dem südwestlichen Theile unseres Landes preussische Truppentheile aufgestellt, wahrscheinlich mit Genehmiung unseres Ministeriums, obgleich darüber nichts bekannt gemacht ist. — Die Hausfurchung, deren ich in meinem letzten Schreiben gedachte, erstreckt sich auf alle Mitglieder der „Linken“ in der konstituierenden Kammer. Einige von dieser haben sich beschwerend an das Oberappellationsgericht gewandt und von diesem ist der Befehl an das Kriminal-Kollegium zu Bülow ergangen, binnen 8 Tagen aus der Sache zu berichten und sich darüber zu verständigen, warum es sich für kompetent gehalten habe. Ob das für die Betroffenen jetzt bereits als eine günstige Resolution angesehen werden darf, muß dahin gestellt bleiben, wir unserer Seite müssen die Endentscheidung erwarten. (Nat. 3.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Vierter Armeebericht.

Seitdem ich nun eine volle Uebersicht über die blutigen Tage des 24. und 25. Juli habe, muß ich zuerst bekennen, daß unser Verlust besonders an Offizieren groß gewesen; so schmerzlich aber auch dieser Verlust, er ist an sich das schönste Zeugnis für die Truppen. Alle Bataillone ohne Ausnahme sind im Feuer gewesen, es gab keine Reserve mehr, und dennoch sind auf dem Rückzuge dem Feinde nur unsere schwer Verwundeten in die Hände gefallen, er wagte nicht uns zu folgen. Die Bataillone, welche durch ihre Stellung am meisten Gelegenheit hatten, sich auszuzeichnen, waren das 4. und 5. Jägerkorps, das 1., 4., 6., 7., 9. und 10. Bataillon. General v. d. Horst hat mit seltener Entschlossenheit seine Brigade bei Seid dem Feinde entgegen geworfen, ihn dadurch im Marsche überfallen und ihm die größten Verluste beigebracht. Als die Uebermacht sich gegen ihn wandte, hat er mit gleicher Festigkeit sich auf den Feind geworfen, der ihn zu umgeben drohte, und seine bawen Truppen in die Stellung zurückgeführt. General v. Baumbach warf am Abend des 24. d. mit seiner bekannten Tapferkeit den Feind bei Sollerup über die Treue zurück; am 25. d. war er, wie immer an der Spitze seiner Truppen, unter den ersten, welche verwundet wurden. Der Brigadeführer, Major v. Sogern, übernahm die Führung der Brigade mit bestem Erfolg.

Der Oberst v. Gerhard, als Führer der Avantgarde, hat sich als ein eben so tüchtiger als tapferer Offizier gezeigt und in wenigen Tagen das unbändige Vertrauen seiner Truppen erworben. Ein Schuß am linken Vorderarm hat ihm seinen Truppen keinen Augenblick entzogen. Oberst v. Abercron hat seinen Ruf als tapferer Offizier von Neuem bewährt.

Die Artillerie hat unter der umsichtigen Leitung des Obersten v. Wiffel sich mit größter Auszeichnung geschlagen. Unter dem Batteriechef haben sich der Hauptmann Gleim und der gedödete Hauptmann Kuse besonders ausgezeichnet.

Die Kavallerie hat, wo sie Gelegenheit hatte, zu handeln, wie die Eskadron, welche die letzte Attaque auf der Höhe von Jöbstedt machte, gezeigt, daß sie, wo sie Terrain findet, das Beste leisten wird.

Die Offiziere meines Stabes haben sich sämtlich durch größten Eifer, unermüdete Thätigkeit und Kaltblütigkeit ausgezeichnet. Der Chef des Stabes, Oberst v. d. Tann, zeigt sich, wie bekannt ist, eben so umsichtig als entschlossen; er ist zugleich der tapferste Soldat. Major Wymaden, der Soudescher des Stabes, ist ein eben so wissenschaftlich gebildeter, wie tüchtiger und tapferer

Offizier, und jeder Aufgabe gewachsen. Ich werde in einem Armeebefehle eine ganze Reihe der Tapfern aus allen Graden nennen, welche sich besonders hervorgethan. Die öffentliche Anerkennung mit dem lobenden eigenen Bewußtsein ist das Einzige, was wir bieten können, der edlen Bemühung aber, welche Alle befeht, der schönste Lohn.

Von weiteren Begebenheiten habe ich seit dem 27. Juli nichts von Bedeutung zu berichten. Zwei Eskadrons unter dem Kommando v. Puttkammer machten am 29ten eine Rekognoszierung über die Sorge bis vor die Thore von Schleswig und griffen zwei feindliche Eskadrons, welche ihnen entgegen kamen, rasch und entschlossen an, gingen aber später zurück, wie es in der Aufgabe lag, ohne vom Feinde verfolgt zu werden.

Die Armee hat sich erholt und ausgeruht, sie steht auf schleswigischem Boden und erwartet mit Ungeduld die Erneuerung des Kampfes. In direkter und unmittelbarer Verbindung mit Rendsburg ist die Armee stärker, als sie bei Jöbstedt war. Es könnte uns also nur eine zweite und eine dritte Schlacht vom schleswigischen Boden vertreiben, und sie würden blutiger sein als die erste.

Hauptquartier Rendsburg, am 4. August 1850.

Der kommandierende General.

(Gr.) von Wittsen.

Altona, 5. August. Der Zusammenstoß beiderseitiger Vorposten am Freitag bei Wohld wird folgenbermaßen berichtet. 150 Mann vom 1. Jägerkorps sind nebst 4 Kanonen hinter einer Verschanzung bei Wohld postirt gewesen, als 6—700 Dänen mit 2 Kanonen und einer Anzahl Wagen der Straße entlang gezogen sind und alle Eingangs- und Latteneinfriedigungen der Koppel ausgehoben haben. Man hat die Dänen bis auf eine gewisse Entfernung herankommen lassen und darauf mit Schrapnell zwischen sie geschossen, auch haben die Jäger zwei Mal gefeuert. Die Dänen sind hierauf umgekehrt, haben statt der Thore u. ihre Verwundeten aufgeladen. Unfererseits ist nicht ein Einziger verwundet, nur die Verschanzung, auf welche die Dänen geschossen, ist etwas demolirt, jedoch gleich wieder hergestellt worden. 13 Tote sollen die Dänen gehabt haben. Das vorbedachte Gefecht bei Wohld findet zwar keinen Widerstand, aber in seinen Details auch keine Bestätigung durch den Abendzug, und dürfte daher wohl nur mit Vorsicht aufzunehmen sein.)

In Rendsburg sind heute sechs dänische Jäger gefangen eingebracht, die diese Nacht ergriffen sind. (H. 3.)

Kiel, 5. August. Einige gutmüthige Zeitungsschreiber haben berichtet, daß die Dänen in Schleswig mit Humanität verfahren, und die Dänen drücken dies mit höchster Selbstzufriedenheit nach. Privatbriefe, welche sich hin und wieder durchschleichen, und die dänischen Zeitungen selbst vergegenwärtigen uns von dem traurigen Gegenstand. So hört man aus Lönbern, daß dort und in der Umgegend eine Rote von 2—300 als Soldaten gekleidete Kerle, unter welchen man viele ehemalige Zuchtlinge erkennt, unter dem Kommando eines jungen fanatisirten Leutenants auf das Abscheulichste haust. Die Deutschgesinnten, und bekanntlich hat die ganze dortige Gegend, meist fleischer Bevölkerung, stets auf das Standhafteste ihre treue deutsche Gesinnung bewahrt, wird auf jede Weise körperlich und geistig gemartert, um zum Verrath getrieben zu werden; es wird resp. gepöbelt, eingesperrt, weggeschleppt, geraubt u. s. w.; Einige sind darüber bereits wahnsinnig geworden. Aus der Stadt Schleswig, wo die Dänen so schonend auftreten sollen, sind neuerlich vier Wagen voll angeführer Bürger nach dem Norden abgeführt, um in dänischer Umgebung bequemer gerichtet zu werden. Diese Nachrichten sind nicht übertrieben, sondern durchaus wahrhaft, auch glaubhaft, wenn in der Wertschätzung Zeitung offen gesagt wird, daß die Herzogthümer a la Baden behandelt werden sollten. Gestern erhielt das Oberappellationsgericht ein Dekret, welches jenem alle Wirksamkeit für das Herzogthum Schleswig abnimmt und das schleswigische Obergericht (die Räte sind bis auf Einen, Namens Hein, aus Schleswig fort) absetzt; diese Handlung der dänischen Eroberer ist erklärlich, aber was wird an die Stelle gesetzt? Die Untergerichte erhalten die Vollmacht, in Strafsachen bis zu lebenswärtiger Zuchthausstrafe zu erkennen; scheint Todesstrafe erforderlich, so erkennt Hr. Tilsch, und an diesen sollen die Akten auch eingeleitet werden, wenn in Civil- und Strafsachen jemand mit dem Urtheil des Untergerichts nicht zufrieden ist. Tilsch also, der Administrateur Schleswigs, ist auch die höchste gerichtliche Instanz, er hat alle Nachvollkommenheit eines Despoten. — Warbarisch und völkerrrechtlich ist ferner die Verfügung des dänischen Kriegsministeriums, daß alle nicht aus den Herzogthümern Gebürtigen, welche in unserer Armee dienen, nicht als Kriegesgefangene behandelt werden sollen, wenn sie in dänische Hände gerathen. — Obwohl die Dänen in offiziellen Blättern und Infurgenten nennen, sollen sie doch nach dem mit Preußen abgeschlossenen Frieden den Krieg der Herzogthümer nicht als Aufrebe behandeln; es ist also nicht einmal durch einen Schein gerechtfertigt, wenn sie gegen Nichtdanehmische anders verfahren wollen, denn jeder Fremde, welcher in unsere Armee tritt, wird eben dadurch als Schleswig-Holsteiner naturalisirt. — Die dänische Regierung hat jetzt auch Verbündete in Deutschland an den Socialdemokraten. So hat neuerlich wieder der Literat Springborn, wegen Aufreißung des Militärs zur Empörung in händige Zuchthausstrafe verurtheilt, erklärt, er wolle sich direkt an den König von Dänemark wenden, und soll wirklich einen Advokaten hier gefunden haben, der bereit war, ihm eine solche Schrift aufzusetzen. — Die 34,000 Rtl. Verpflegungsgelder von Nassau sind hier eingegangen. (N. 3.)

Schleswig-Holstein, 4. August. Die verfassungsmäßige Volksvertretung Schleswig-Holsteins wird aller Wahrscheinlichkeit nach bald berufen; denn ein Volk, welches für sein altes Recht und seine junge konstitutionnelle Freiheit das Aeußerste, was es hat, sich selbst dem Tode weilt, kann und darf ohne Innepaltung der verfassungsmäßigen Schritte den Sieg oder Todesweg nicht wandeln. Die konstituierende Versammlung, welche Kraft der transitorischen Bestimmungen des Staats-Grundgesetzes die Funktionen der ordentlichen Landes-Versammlung ausübt, hat der Regierung unseres Landes zuletzt auf drei Monate die nöthigen Geldkräfte zur Führung des Krieges bewilligt. Die Zeit ist abgelaufen. Gewiß hat Jeder in Schleswig-Holstein sich gefreut, daß der patriotische Sinn des Landes Gelder herbeigeführt hat, wodurch es der Regierung, wie es die Thatsache beweist, möglich geworden ist, ohne neue Zustimmung und Bewilligung der Landes-Versammlung, bis jetzt die außerordentlichen Ausgaben zu decken. Die Sympathien des deutschen Volkes greifen jetzt auf eine erhebende Weise mit ein und die Schwerer-Stadt Hamburg geht den deutschen Stämmen mit einem nicht genug anzuerkennenden Beispiel voran. Allein der schwere Krieg, den das dänische Volk, durch die Idiotie seiner Leiter gebildet, über Schleswig-Holstein verhängt, indem es sich dadurch selbst zu Grunde richtet, bedarf größerer Geldmittel, als die warme Sympathie deutscher Herzen geben wird. Augenblicklich ist Schleswig, das bei weitem größten Theile nach, in den Händen des alten Feindes dieser ungetreuen Lande. Schleswig-Holstein, das bisher aus seinen eigenen Mitteln den Krieg geführt, hat ein Heer aus Nichts geschaffen. Die Solidarität der Schleswig-Holsteiner Sache mit Deutschlands politischer Gestaltung hängt aufs Engste zusammen. Die Bundesbeschlüsse aus den Jahren 1846 und 1848 beweisen dies auf das Klarste. In Deutschlands vollberechtigter National-Versammlung tagen auch Schleswiger, Deutschlands Heere haben für dessen anerkanntes Recht gekämpft. Auf uns selbst beschränkt in dem dritten Kampfe, können Deutschlands Volkstämme, — soll dieses Land nicht,

wie das Elb, von deutscher Kultur abgerissen werden, will Deutschland bereits eine maritime Macht werden, sollen alle direkt und indirekt dazugehörten Opfer nicht vergebens gewesen sein — die Herzogthümer Schleswig-Holstein in ihren finanziellen Bestrebungen nicht ohne Unterstützung lassen. Dänemark hat während der beiden letzten Jahre Anleihen contrahirt und dadurch ist es diesem Lande allein möglich geworden, den ungeredeten blutigen Krieg gegen Schleswig-Holstein zu führen. Wer es in finanzieller Rücksicht am längsten aushalten wird, wird vorerst Sieger bleiben. Wie ganz Deutschland von der Königsau bis hinab an die Schweizer Grenze, vom Rhein bis nach Polen sich durch freiwillige Beiträge an der Schleswig-Holsteiner Sache betheilt, so mögen die Patrioten des großen Vaterlandes, so mögen jene Committen die Sache in die Hand nehmen, wenn die Schleswig-Holsteiner Staats-Regierung, von der Central-Kommission eingeseht, eine Anleihe suchen wird. Erfährt das deutsche Volk nach allen seinen Richtungen die Wichtigkeit der Schleswig-Holsteiner Frage — und die mächtige Geschäftigkeit der Diplomatie der Großmächte und deren Interventionen — Vorbereitungen weisen alle darauf hin, so wird es diese Mittel finden, eine Schleswig-Holsteiner Anleihe zu fundiren. Deutschlands Solidarität bei dieser finanziellen Operation würde Deutschlands Einheit und Willen noch deutlicher manifestiren, als es der Reichthum im vorigen Jahre gethan hat. Mögen Deutschlands Finanzmänner die Hand mit darbieten, um den Weg zu einer neuen Entwicklung zu ebnen; mögen Deutschlands Stände die Sache bedenken. Je tiefer die Schleswig-Holsteiner Sache in die Interessen des deutschen Volkes eingreift, desto fester bleibt unser Recht stehen und desto gewisser ist von ihm aus der Sieg der Freiheit. (H. 3.)

Die erste Abtheilung der russischen Flotte scheint schon wieder nach Hause zurückgekehrt zu sein. Wenigstens ist eine russische Flotte von 10 Segeln am 2. Aug. ostwärts steuernd die Ostsee verlassen worden. (N. 3.)

Der König von Dänemark hat dem Gesandten der französischen Republik Dofezac das Großkreuz des Danebrog Ordens verliehen. (C. 3.)

Stockholm, 31. Juli. Die offizielle Post och Inrikes Tidningar bemerken, daß, nachdem die notwendigen Transportfahrzeuge beschafft seien, die letzten schwedischen Bataillone, die in Schleswig gestanden, am 27. abgehen sollten und in diesem Augenblick sich alle auf schwedischem Boden befinden müßten.

Aus Helsingfors in Finnland haben wir Berichte bis zum 25. Juli. Am 24. ankerten dort die Fragatte „Gefarewitsch“ und das Dampfschiff „Ghraby“ (der Tapferer) mit dem Großfürsten Constantin Nikolajewitsch am Bord.

Oesterreich.

Wien, 6. Aug. [Tages-Blätter.] Besser Blätter bringen die Kriegeserzählungen auf den Tod durch den Strang lautenden Urtheile über 26 Mitglieder des magyarischen Konvents, die J. M. Baron Haynau gänzlich begnadigt, mit Ausnahme von Hugo Nagocz-Parscsich, dem die zuerkannte Todesstrafe auf 19 Jahre Schanzarbeit, des Alexander Bube, dem die auf 18jährige Schanzarbeit gemildert wurde. Dem Joseph Madarasz und Franz Kubiny ward die Vermögenskonfiskation nachgegeben; ersterer hat neun Jahre in Eisen, letzterer dreijährigen Gefängnisstrafe ohne Eisen zu bestehen. — Nachdem den Bischöfen durch die §§ 3 und 4 der kaiserlichen Verordnung vom 18. April dieses Jahres die selbstständige Ausübung der kirchlichen Strafgewalt eingeräumt ist, so hat es zufolge einer Ministerialverordnung von dem früheren Verfahren abzuweichen, wonach Disziplinär-Untersuchungen gegen katholische Geistliche mittelst einer aus geistlichen und weltlichen Beamten zusammengesetzten Kommission vorgenommen wurden. Nur in dem Falle, wenn die geistliche Behörde gegen einen katholischen Geistlichen bei Beschwerden über dessen geistliche Amtsführung nicht einschreitet, und daraus Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung hervorgeht, haben die politischen Behörden unter gleichzeitiger Anzeige an den Statthalter zu handeln. — Die Führung der Matriten, des Schul- und Armenwesens haben die politischen Behörden in der früheren Weise zu übernehmen, — hinsichtlich des Gottesdienles und der Sparskontrollen haben die politischen Behörden nicht anordnend einzugreifen, aber darauf zu achten, daß dabei nach den von der Versammlung der Bischöfe gefaßten Beschlüssen verfahren werde. — Von Seiten Oesterreichs ist nach Frankfurt die Erklärung erfolgt, daß es sich für inkompetent halte, den engeren Rath des Bundes zu berufen, da dies die Sache der Plenarversammlung sei, und die kaiserl. Regierung den Beschlüssen derselben ausführen werde. — Die Untersuchungen für die Schleswig-Holsteiner liefern günstige Resultate. Die Sympathie dafür werden immer stärker. Der bekannte Veterinärarzt Prof. Dr. Grass und der junge Schriftsteller Richter sind gestern nach Kiel abgereist, um der dortigen Armee ihre Dienste zu weihen.

Italien.

**** Die italienischen Blätter bringen neuestens die Protestnote des Cardinals Antonelli mit Bezug auf den bekannten Fall des Erzbischofes von Caffari. Sie ist allerdings in starken und energischen Ausdrücken abgefaßt. Der Papst wünscht, sich durch ein einlenkendes Benehmen der sardinischen Regierung der bedauerlichen Nothwendigkeit im Angesichte der Kirche und der katholischen Welt, gemäß der ersten Pflichten seines apostolischen Amtes zu förmlichen Handlungen schreiten zu müssen, entzogen zu sehen. Was wesentlich zur Aufklärung und theilweise zur Verichtigung der öffentlichen Meinung in dieser Angelegenheit beitragen wird, ist der bis jetzt nirgend hervorgehobene Umstand, daß die römische Curie sich in dem Streite über die Siccardischen Gesetze auf bestimmte, mit Nemo ausdrücklich stipulirte Verträge zu stützen vermag. Es ist das gegenwärtig in Nemo herrschende Grundgesetz, heißt es in der Note, welche die bestehenden Verträge unter seinen Schutz, und nach einem allgemein gültigen Rechtsgrundsatz können und dürfen Verträge nicht ohne die Zustimmung aller contrahirenden Theile verändert und gelöst werden.**

Russland.

III Von der polnischen Grenze, 4. August. [Standquartiere der russischen Truppen an der preussischen Grenze.] Das russische Militär, welches aus Veranlassung der Anwesenheit des Kaisers nach dem Innern des Landes zusammengezogen wurde, hat gegenwärtig wieder an der preussischen Grenze Quartier genommen. Alle Drischosten in Polen, von der Grenze ab bis auf drei oder vier Meilen nach dem Innern hinein, haben eine bedeutende Besatzung von Infanterie erhalten, so daß in manchem Hause bis fünf Mann Soldaten im Quartier stehen. Es sind dies fast durchgehends jene Truppen, die in Ungarn gekämpft haben, und jetzt an der Grenze gehalten werden, da man vermeint, daß das Ausland den Schrecken des Krieges in denselben erlöschen wird. Alle diese Truppengattungen sind dadurch kennbar, daß durchschnittlich fast jeder fünfte Mann eine silberne Medaille an der Brust trägt. Diese Medallien sind in der Größe eines Halbkrubels und haben selbst in Betreff des Gepräges eine besondere Ähnlichkeit mit denselben. Für die unversicherte Erhaltung jener Medallien wird eine besondere Sorgfalt verwendet, da bei jeder Medaille auch zugleich eine glänzende Kapsel, die sich oberhalb derselben befindet, getragen wird, damit bei nasser Witterung, oder wo es nicht erforderlich ist,

Theater-Nachricht.

Donnerstag den 8. Aug. 31te Vorstellung des dritten Abkommens von 70 Vorstellungen. Zweites Gastspiel des Herrn Hermann Butterweck, vom Stadt-Theater in Wiga. „Der Weltumflieger wider Willen.“ Abenteuerliche Pöste in 4 Akten mit Gesang und Tanz, nach dem Französischen frei bearbeitet von Gustav Adner. Musik von Gauthier. — Puzel, Herr Herrmann Butterweck.

(Für heute: Einlaß 6 1/2 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr.)

Freitag den 9. August. 32te Vorstellung des dritten Abkommens von 70 Vorstellungen. „Das Urbild des Tartüffe.“ Lustspiel in 5 Akten von G. Moliere. — Molier, Herr Bollemer, dem großherzoglich. Hoftheater in Schwerin, als Gast.

Im alten Theater

heute Donnerstag, den 8. August
Vorstellung
der Privat-Theater-Gesellschaft
Enunomia.

Zu einem patriotischen Zweck:

Ein deutscher Krieger.

Schauspiel in 3 Aufzügen von Burenfeld. Billets zu festen Plätzen: Loge 15 Sgr., Parquet 10 Sgr., Gallerie 2 1/2 Sgr., find in den Musikalienhandlungen der Herren Bote und Bock, Hrn. Schaeffer, Hrn. Kaufmann und Hrn. Kallmann & Sohn im alten Theater zu haben.

Dankfagung.

Für die liebevollen Beweise von Freundschaft, welche mir bei meinem Abschiede von Breslau, sowohl durch meinen Prinzipal und dessen Familie, so wie meinen vielen Freunden zu Theil geworden, fühle ich mich gebunden, noch aus der Ferne meinen innigsten herzlichen Dank darzubringen. Wie ein freundlicher Stern wird diese Liebe mich stets in den Stunden der Erinnerung leuchten, und bei trüblichen Tagen ein Mittel mich zu erheitern sein. Meinem herzlichsten Bewußtsein füge ich die freundliche Bitte bei, auch meiner fernem in Liebe und Freundschaft zu gedenken.

Breslau, den 5. August 1850.

Friedrich Köhler,
Lehrer.

Bei meiner Abreise nach Kauden sage ich meinen Freunden ein herzliches Adieu!
Dr. Leppmann.

Die freiwillige Staats-Anleihe-Scheine nebst Kuponen vom 1. April 1850 ab:

Nr. 10,316 Litt. D. über 50 Thlr.
„ 29,748 „ C. „ 100 „
„ 29,749 „ C. „ 100 „
„ 29,750 „ C. „ 100 „

sind abhandeln gekommen, und wird vor deren Anlauf gewarnt. Gefällige Mittheilungen hierüber werden entgegengenommen von

Gebrüder Suttentag,
Breslau, den 5. August 1850.

Erholung in Popelwig.

Heute Donnerstag Trompeten-Konzert vom Musikchor des 1. L. Kürassier-Regiments. Entree: Herren 2 1/2 Sgr., Damen 1 Sgr.

Liebig's Garten.

Heute: Konzert der Theater-Kapelle. Zur Aufführung kommt unter Anderem: Symphonie von G. Beethoven, in Es. (neu). Ouvertüre zur Oper: Wilhelm Tell, von Rossini.

Heute Donnerstag Federwisch-Anschreiben, wobei der letzte Gewinn besonders werthvoll ist, nebst Konzert und Gartenbelustigung.

Carl Sauer,
im Schießhaus Kaffeehaus, Grünauerstraße 8.

Eine Herrschaft.

10 Meilen von Breslau und 2 Meilen von der Grafschaft gelegen, enthält ein Areal von 13000 Morgen incl. 6000 Morgen gut bestandenem Forst, mit vollständigem Inventar, guten Gebäuden, ist dem Interessenten zu einem soliden Preise zum baldigen Verkauf übertragen worden, ebenso werden Güter von 10 bis 200,000 Thlr. in beliebiger Gegend zum Verkauf, als auch Gutspächtern durch den Kaufmann und Güter-Regulant Marcus Schlesinger in Kempen nachgewiesen.

Kleiderschnuren

in allen Farben, das Stück 30 Ellen à 3 Sgr., die Elle 2 Pf., gestricke Kleiderstrümpfe das Paar 5 Sgr., Nähgarn das Pfund von 12 Sgr. an, Gimpfen von 2 1/2 Sgr. das Stück an, so wie ein großes Sortiment Baumwolle, Zwirn, Knöpfe, empfehle ich im Ganzen und Einzelnen zu den allerbilligsten Preisen:

J. Levy & Comp.,
Dhlauerstr. 75, in 3. Viertel vom Ring.

Zwei vollständige, wenig gebrauchte Brenn-Apparate nach Viktorius, von 2 und 3000 Quart Maß-Gehalt, stehen billig zum Verkauf bei

C. F. Kuhnrich,
auf Schloß Nr. 1, bei Kofel.

Die sogenannte Hartmann'sche Kaffee-Total-Gartenstr. Nr. 23, ist nach zu versenden und Michaelis zu übernehmen, was Juchum zu vermeiden, hiermit angezeigt wird.

Bekanntmachung.

Unterzeichneter, ein Mann in Mittelsjahren, der alle Maschinen- und Möbelen-Bau, Wasserbau, alle Modell-, Möbel- und Bauarbeiten versteht, sucht bald oder auch später ein Unterkommen bei Dekorationen, amerikanischen Möbeln oder bei andern Werken. Hierfür Respektirende wollen sich in portofreien Briefen erklären: An den Maschinenbauer August Meuser zu Langendorf im Ost-Gleiwitzer Kr.

Agentengesuch.
Reels und thätige Agenten für ein lukratives, überall leicht zu betreibendes Geschäft, welches namentlich bei unbekannter Bekanntheit sehr ausbreitet werden kann, werden gegen 33 1/2 % Provisionsbewilligung gesucht und Anmeldungen unter H. B. poste restante Frankfurt a. M. franco erbeten.

Apotheker-Gehülfen-Stellen.
Sofort und resp. Michaelis finden einige Apotheker-Gehülfen Engagement durch das Komptoir von Clemens Wanneke in Braunschweig.

Stichische (mardowitzer) Thonerde ist in Partien, auch centnerweise, billig zu verkaufen bei

J. S. Steinig und Comp.,
Friedrich-Wilhelms-Str. Nr. 1.

110 Markt-Schöpfe

stehen auf dem Dominium Vetersdorf, Kreis Regenitz, dicht bei der Dattelsche Spittelndorf, zum sofortigen Verkauf.

Literarische Anzeigen

der Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau.

Im Verlage der Decker'schen geheimen Ober-Hofbuchdruckerei in Berlin ist soeben erschienen und von derselben, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Breslau durch die Buchhandlung Josef May und Komp., in Oppeln durch C. S. Ademann, in Pless durch B. Somade:

Friedrich Wilhelm der Dritte und Luise, König und Königin von Preußen.

Zweihundert und siebenzehn Erzählungen aus ihrer Zeit und ihrem Leben,

von Werner Hahn.

Berlin 1850, in 8. 339 Seiten, gehftet Preis 18 Sgr.

Auf stark Wellpapier, gehftet 1 Thlr. 7 1/2 Sgr., elegant gebunden 1 Thlr. 17 1/2 Sgr.

Die Nr. 139 des preuss. Staats-Anzeigers enthält nachfolgende Beurtheilung dieses Werks: „Wir haben hier ein historisches Lebensbild im besten Verstand, fromm, bieder und patriotisch abgefaßt, die rechte Nahrung für alle Stände. Der Verfasser hat aus dem reichen Schatz des Stoffes die besten Theile herausgehoben, in einem Werk von guter Auswahl, von gutem Vortrag und von gutem Geiste, eine Schrift so populär als wahr, oft rührend, immer bessernd und erhebend; ein Trost und eine Labung in bärkerer Zeit, eine Erhebung in Rhythmen, ein Anker für Patrioten: der Leser fühlt sich überall von Liebe und Treue angezogen.“

Bei G. Reimer in Berlin ist erschienen und durch die Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau zu beziehen:

Handels-Archiv.

Sammlung der neuen auf Handel und Schiffahrt bezüglichen

Gesetze und Verordnungen des In- und Auslandes,

sowie statistische Nachrichten

über den Zustand und die Entwicklung des Handels und der Industrie in Deutschland und dessen Abhängigkeiten.

Nach amtlichen Quellen.

Mit Genehmigung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten

herausgegeben von

von Diebahn, Saint Pierre,

geh. Ober-Kassirer, Regierungsrath, Assessor.

Jahrgang 1850. Erstes Heft.

Preis für den Jahrgang 1850, sechs Hefte, 2 Thlr. 15 Sgr.

Sobald es erschienen und durch die Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau zu beziehen:

Konrad Schwend's

Erklärungen zu Schillers Werken.

Preis 26 Sgr.

Von demselben Verfasser sind auch Erklärungen zu Göthe's Werken (22 1/2 Sgr.) und zu den sieben Tragödien des Sophokles (21 Sgr.) erschienen. Auch machen wir das Publikum gleichzeitig noch einmal auf das berühmte Werk Konrad Schwend's aufmerksam: Die Mythologie der asiatischen Völker, der Ägypter, Griechen, Römer, Germanen und Slaven. Hier von sind bereits vier Bände erschienen. Der fünfte und Schlußband wird demnächst erscheinen.

Neuerst interessantes neues Buch!

Im Verlage von J. Schiele in Stuttgart erschien soeben und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden, in Breslau durch die Buchhandlung Josef May und Komp.:

Dunkle Thaten

der civilisirten Menschheit mit providentiellen Lichtblicken.

Für Leser aller Stände

herausgegeben von Dr. C. Fr. Grieb.

Mit Kupfern. Erster Band. 320 Seiten stark. Preis 11 Sgr.

Inhalt: Der Kriminalprozeß des Manningschen Ehepaares (Mörder) in London. — Die Seelenreiser nach und nach in München. — Die Geisteskranken in Ritten und Genossen. — Der Wunderdoktor, Geistesreiser, Seelenreiser, Goldmacher und Jesuitenbündler J. G. Fraich. — James Blomfield Ruff, Kriminalprozeß wegen vierfachen Mordes.

Sobald es erschienen und durch die Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau zu beziehen:

Das Verfabren in polizeilichen Untersuchungen

nach der Verordnung vom 3. Januar 1849 mit der Geschäfts-Instruktion vom 23. April 1849 für die Polizei-Anwälte und mit einem Verzeichniß der im allgemeinen Landrecht und in der Gesefsammlung bis zum Jahre 1849 enthaltenen allgemeinen polizeilichen Strafbestimmungen. Ein Handbuch für Polizeirichter und Polizei-Anwälte. Herausgegeben von C. F. Wegener, Königl. preuss. Ober-Regierungs-Rath. 8. brosch. Preis 1 Thlr.

Das Werk enthält nicht allein eine mit Hingufügung aller neuen Bestimmungen und vielen Erläuterungen versehen vollständige Uebersicht des in der allegirten Verordnung vorgeschriebenen Verfahrens, sondern auch mehrere beispieleweise gegebenen Entwürfe zu einzelnen Arten der formellen Geschäftsführung für Polizei-Anwälte und für diejenigen kommissarisch ernannten Geschäftsmänner dieser Kategorie, welche mit dem gerichtlichen Verfahren weniger vertraut sind. Die theilweise tabellarisch eingerichtete Zusammenstellung und das alphabetische Sachregister erleichtern den Gebrauch des Buches ungemein.

In der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Breslau durch die Buchhandlung Josef May und Komp.:

Dr. S. Schumann's reine Arzneimittelehre. 3. Auflage. 6 Theile.

(12 Thlr. 15 Sgr.) Herausgegeben Preis 3 Thlr.

die chronischen Krankheiten. 2. Auflage.

1. 2. Theil (4 Thlr.) Herausgegeben Preis 20 Sgr.

Organon der Heilkunst. 5. Auflage (2 Thlr. 10 Sgr.) Herausgegeben Preis 20 Sgr.

In der Buchhandlung Josef May u. Komp. in Breslau, bei Heege in Schweidnitz, Fleming in Glogau, Weidull und Förster in Gleiwitz, Buchardt in Reiff, Köhler in Grotz, Hirschberg in Glog, Weiß in Grünberg, C. S. Ademann in Oppeln und B. Somade in Pless zu haben:

Allen jungen Leuten ist die beliebteste Schrift in neuester, 5500 Exemplare

starker Auflage zu empfehlen:

Fr. Meyer,

oder Anweisung:

Neues Komplimentirbuch,

in Gesellschaften höflich zu reden und sich anständig zu betragen.

Enthaltend: 64 Glückwünsche bei Neujaars- und Geburtstagen —

15 Rebesbriefe — 13 Anreden beim Tanz — 10 Einladungen auf Karten

— 20 Gedichte bei Hochzeits-, Geburtstags- und andern Feierlichkeiten —

14 Schemata zu Anzeigen in öffentlichen Blättern — 35 Stammbuch-

verse — eine Blumenprache und 20 belehrende Abschnitte über Anstand und Feinsitte.

15.!! Auflage. Preis 12 1/2 Sgr.

Von allen bis jetzt erschienenen Komplimentirbüchern ist dies, von Fr. Meyer herausgegeben, das beste, vollständigste und empfehlungswertheste.

Geschäfts-Lokal-Vermiethung.

Mein am Ringe hieselbst befindliches Geschäftslokal, in welchem das von meinem Schwiegervater Herrn Samuel Rothmann übernommene, mehr als 25 Jahre bestandene

Spezerei-, Schnittwaaren- und Tuch-Geschäft von mir seit 11 Jahren

in ansehnlichem Umfange fortgeführt wird, beabsichtige ich von Weichnachten d. J. ab zu verpachten. — Dasselbe besteht in einem Verkaufslokalen, Comtoir, Waarenremise

nebst allen nöthigen Utensilien; ferner anständigen Wohnzimmern nebst Boden- und Kellergeleß. — Hierauf Respektirende belieben sich wegen des Näheren in frankirten Briefen an mich zu wenden.

Loth, den 4. August 1850.

F. S. Gahmann.

Geschäfts-Übernahme.

Hierdurch erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich unter heutigem Tage das dem Kaufmann Herrn C. G. Bänich früher gehörige Kolonial-Waaren-, Tabak- und Cigarren-Geschäft, Neumarkt Nr. 13, käuflich an mich gebracht und daselbe unter meinem Namen von jetzt ab fortführen werde. Ich verbinde damit die

höfliche Bitte, das dem früheren Eigentümer geschenkte Vertrauen auch auf mich übergehen zu lassen, und können meine resp. Abnehmer der reifsten und billigsten Bedienung bei guter Waare gewärtig sein.

Breslau, den 5. August 1850.

C. A. Nau.

!!! Baierisches Bock-Bier !!!

empfang und empfiehlt in ausgezeichnetster Qualität:

Julius Niegner, Nikolaistraße Nr. 78, im ersten Viertel.

Bekanntmachung.

Der Holzbedarf des unterzeichneten Stadt-Gerichts von ungefähr 150 Klassen Eichenholz und der Bedarf an gepflanzten Eichen für das Jahr 1850-51, sollen an den Mindestpreisen, denben verbunden werden.

Zu diesem Behufe ist ein Termin

auf den 21. August 1850 Nachmittags 5 Uhr vor dem Hrn. Kanzler-Rath

Schäuder in unserem Notariats-Zimmer

anberaumt.

Eieferungsbewerber werden aufgefordert, ihre Gebote bis zum Termine schriftlich einzureichen, sich hiernächst aber im Termine selbst einzufinden, und das Weitere zu gewärtigen.

Die Bedingungen, zu denen hinsichtlich des Holzes auch die Bestellung einer Kaution

von 150 Rthl. gehört, können bis zum Termine täglich, mit Ausnahme des Sonntags, in unserer Archivs-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 23. Juli 1850.

Königl. Stadt-Gericht.

Ediktal-Citation.

Es werden hiermit auf Antrag der resp. Nach-
lass-Kuratoren die unbekannten Erben:

1) des durch Erkenntniß vom 25. April v. J. für todt erklärten Häusler Andreas Pohl von Dber-Jentzsch,

2) des am 24. Januar v. J. zu Patschkau ohne Testament verstorbenen Invaliden-Pleu-
tenants Karl Wike vorgefunden, in dem

auf den 14. März 1851,

Vormittags 10 Uhr,

in unserm Instruktionsszimmer vor dem Herrn

Kreisrichter Schmiedtke anstehenden Termine

entweder in person, oder durch einen zulässigen Bevollmächtigten, wozu denen, welchen es hier

an Bekanntmachung fehlt, die Rechtsanwältin Gabel und Justizrath Scholz II. vorgefunden

werden, zu erscheinen und ihr Gebot nachzuweisen, widrigenfalls sie damit präcludirt und

der Nachlass als herrenloses Gut dem Fiscus

wid ausgeantwortet werden.

Zu demselben Termine werden die un-

bekannten Erben

3) der durch Erkenntniß vom 27. Juli 1847 für todt erklärten Soldatendochter Anna

Johanne Kirchner von Reiffe, namentlich die Elisabeth Kirchner, verheirathete Sol-

dat Berger, und deren etwaige Erben,

zur Nachweisung ihrer Erbantheile unter der

Warnung vorgefunden, daß bei ihrem Ausbleiben der Schneidergeselle Joseph Kirchner, der

Maurergeselle Anton Kirchner und der Tisch-

lergeselle Karl Kirchner für die rechtmäßigen

Erben angenommen, ihnen als solchen der Nach-

laß zur freien Disposition verabschiedet und

der nach erfolgter präcludirter Erbe erst meibende

nähere, oder gleich nahe Erbe, alle ihre Hand-

lungen und Dispositionen anzuerkennen und zu

übernehmen schuldig, von ihnen weder Nach-

nachweisung noch Ersatz der gegebenen Rügen

zu fordern berechtigt, sondern sich lediglich

mit dem, was alsdann noch von der Erbschaft

vorhanden wäre, zu begnügen verbunden find.

Zu demselben Termine werden endlich

nachstehende verheirathete Personen, so wie die

von denselben etwa zurückgelassenen unbekannten

Erben und Erben:

4) der am 22. Mai 1811 hier geborene Posa-

mentenführer Aloys Johann Nepomucen

Terne, welcher im Mai 1837 nach

Ungarn ausgewandert sein soll;

5) die am 8. Januar 1809 zu Steinhambor

geborene Theresia Apollonia Schwarz

zer, welche im Jahre 1833 nach Pest ge-

gangen ist,

vorgefunden; bei ihrem Ausbleiben werden diese

Verheiratheten für todt erklärt werden.

Reiffe, den 3. April 1850.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Leistungen der hiesigen Posthalterei be-

schranken sich nicht bloß auf die Beförderung

der Personensposten zwischen hier und Steigau,

sondern es stehen auch jeder Zeit Pferde zur

Beförderung anderweitiger Postkutschendienste

bereit, was zur Beförderung vielfältig ergan-

gen Anfragen hierdurch öffentlich bekannt ge-

macht wird.

Königszeit, den 6. August 1850.

Königliche Post-Expedition. R. d. d.

Auktions-Anzeige.

Montag d. 12. d. M. Nachm. 2 Uhr sollen

für Rechnung eines Käufers Hauses circa 250

Quadrat-Fußes, in Nr. 3 alte Talschen-

straße, gegen baare Zahlung versteigert wer-

den; desgleichen Möbel, Kleidungsstücke, Lein-

zeug und Betten zc. zc.

Breslau, den 7. August 1850.

Hertel, Kommissionsrat.

Auktion.

Am 9. d. M., Vorm. 9 Uhr

und Nachmittags 2 Uhr sollen in Nr. 42 Brei-

tenstraße eine bedeutende Partie Goldarbeiter-

werkzeuge, wobei 1 Ziehbank und ein Bestand

an Steinen, als Koralle, Gra aten, Krysop-

pras, Amethyste, Zirkone versteigert werden.

Manuig, Auktions-Komm.

Mädchen, welche die Damenschneiderei er-

lernen wollen, können sich melden bei Fried-

rike Heilberg, Neumarktstraße 44, 3. Et.

Ein praxtisch erfahrener Buchhalter, welche

bedeutenden Buchschaften auf dem Lande eine

Reihe von Jahren vorgefunden, und Zeugniß

seiner Thätigkeit nachweisen kann, sucht eine</